

Zusätzliche Milliarden für Städte und Gemeinden

Koalition baut auf Kommunen

Die christlich-liberale Koalition entlastet die deutschen Städte, Gemeinden und Kreise in noch nie gekanntem Ausmaß. Somit profitieren alle Kommunen von der klaren Haltung der Union im Vermittlungsverfahren zur Reform der Sozialgesetzgebung. Die Bundesregierung setzte sich mit ihren Plänen durch, künftig die gesamten Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zu tragen.

Gute Nachricht für alle Städte, Gemeinden und Kreise: Die christlich-liberale Regierungskoalition hat Strukturreformen auf den Weg gebracht, die die kommunalen Haushalte um viele Milliarden Euro entlasten. Wichtigstes Element des am Freitag beschlossenen Konzepts ist eine Neuordnung der Zuständigkeiten für die soziale Grundsicherung. Dabei übernimmt der Bund auf Dauer die im Sozialgesetzbuch (SGB) XII für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung vorgesehenen Ausgaben. Der Deutsche Städte- und Gemeindetag zeigte sich über diese Zusage hochofreut. Sein Hauptgeschäftsführer, Gerd Landsberg, nannte die Übernahme der Kosten für die Grundsicherung ein „Entlastungssignal für die Kommunen“. Bis 2020 wird der Bund die kommunalen Haushalte alleine in diesem Bereich um weit mehr als 50 Milliarden Euro entlasten.

Die Kostenübernahme wird in den kommenden beiden Jahren stufenweise erhöht und beträgt zunächst 45 Prozent und im Jahr 2013 bereits 75 Prozent. Ab 2014 trägt der Bund die gesamten Ausgaben auf diesem Feld. Alleine von 2012 bis 2015 entspricht das einer Nettoentlastung der Kommunen um mehr als zwölf Milliarden Euro. Nach Bayern fließen dabei besonders viele weitere Mittel: In den kommenden vier Jahren stehen den Kommunen im Freistaat mehr als 1,3 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung – Geld, von dem die Koalition weiß, wie dringend es benötigt wird.

**1,3 Milliarden
nach Bayern**

Diese Entlastungen wurden im Zuge des Vermittlungsverfahrens getroffen, in dessen Mittelpunkt die Neuberechnung der Regelsätze für Hartz-IV-Empfänger stand. Da die dafür erforderlichen Gesetzesänderungen auch von Bundesrat beschlossen werden müssen, konnte das oppositionelle Linksbündnis das Verfahren wochenlang blockieren. Der Führungszirkel der Grünen verließ sogar die entscheidende Verhandlung am Sonntagabend; die Dagegen-Partei wollte den Kompromiss, den alle anderen Beteiligten als fair bezeichneten, nicht mittragen. Politische Beobachter registrierten aufmerksam, dass sich die Grünen einmal mehr ihrer Verantwortung entzogen.

Doch davon ließ sich die christlich-liberale Koalition nicht beirren. Vielmehr nutzte sie das Verfahren, um weitere Verbesserungen auf den Weg zu bringen. Rund 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche profitieren vom Bildungspaket, für das die unionsgeführte Bundesregierung über Wochen entschieden gekämpft hatte. Das Paket enthält Zuschüsse für Nachhilfe, Schulmaterialien und Vereinsmitgliedschaften. Damit ermöglicht es mehr Teilhabe für betroffene Jugendliche. Die dafür vorgesehenen 1,6 Milliarden Euro pro Jahr stellt der Bund den Kommunen direkt zur Verfügung. Die christlich-liberale Koalition ist davon überzeugt, dass dieses Vorgehen eine schnelle, passgenaue und unkomplizierte Teilhabe der Kinder und Jugendlichen an den Angeboten vor Ort garantiert.

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,*

Die christlich-liberale Koalition hat die Chancen, die die Aussetzung der Wehrpflicht bot, optimal genutzt. Sie hat ein Konzept erarbeitet, das jungen Menschen noch mehr Möglichkeiten bietet, einen Dienst an der Gemeinschaft zu verrichten. Gleichzeitig zur Einführung des Bundesfreiwilligendienstes und des Freiwilligen Wehrdienstes stärkt die unionsgeführte Regierung auch die bewährten Jugendfreiwilligendienste. Die Parlamentsdebatte vom Donnerstag hat gezeigt, wie richtig wir hier liegen: Im Bundestag zeichnet sich eine klare Mehrheit für das Gesamtkonzept ab.



Mit diesen zukunftsweisenden Schritten unterstreichen Union und FDP einmal mehr ihre Wertschätzung für zivilgesellschaftliches Engagement. Für uns steht fest: Eine Gesellschaft zeichnet sich vor allem dadurch aus, wie viel sie ihren Mitgliedern wert ist. Dass sich Millionen von Bürgerinnen und Bürger in Deutschland ehrenamtlich einbringen, ist daher ein sehr gutes Zeichen. Der Bundesfreiwilligendienst bietet ab diesem Sommer Menschen jeden Alters die Chance, ihr Engagement zu attraktiven Konditionen zu verstetigen und auf diese Weise etwas für sich und für andere zu tun.

Mit dem Freiwilligen Wehrdienst ermöglicht es die christlich-liberale Koalition jungen Frauen und Männern, auch künftig als Staatsbürger in Uniform Verantwortung zu übernehmen. Das Konzept des neuen Dienstes überzeugt vor allem deshalb, weil es bereits auf die Bundeswehr der Zukunft zugeschnitten ist. Die jungen Menschen, die sich in Zukunft für den Freiwilligen Wehrdienst entscheiden, leisten mindestens zwölf Monate Dienst. Somit können sie einen sinnvollen Beitrag zur künftig erhöhten Leistungsfähigkeit der Bundeswehr erbringen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Reinhard Brandl MdB

Für den Dienst an der Gemeinschaft

Viele Wege, ein Ziel

Künftig gibt es für junge Menschen noch mehr Möglichkeiten, einen Dienst an der Gemeinschaft zu leisten. Der Deutsche Bundestag hat die Einführung des Bundesfreiwilligendienstes und des Freiwilligen Wehrdienstes auf den Weg gebracht. Beide bieten Frauen und Männern flexible Möglichkeiten, etwas für sich und die Gesellschaft zu tun. Ein echtes Novum beim Bundesfreiwilligendienst: Er steht Menschen jeden Alters offen.

Die christlich-liberale Koalition stärkt die Zivilgesellschaft. Die Einführung des Bundesfreiwilligen- sowie des Freiwilligen Wehrdienstes zum 01. Juli 2011 sorgt für einen nahtlosen Übergang in die Zeit ohne Wehrpflicht. In dieser Woche beschäftigte sich das Plenum des Deutschen Bundestags erstmals mit diesen wichtigen Vorhaben. Dabei zeichnete sich eine klare Mehrheit für die Pläne der Koalition ab, die in den vergangenen Monaten mit allen beteiligten Akteuren intensiv diskutiert worden waren.

Im Freiwilligen Wehrdienst können junge Menschen auch weiterhin als Staatsbürger in Uniform Verantwortung übernehmen und sich persönlich ein Bild von der Bundeswehr machen, ohne sich gleich als Zeitsoldat

verpflichten zu müssen. Frauen und Männer können ab diesem Sommer ihren Dienst antreten, dessen Länge –



Zusammenhalt der Generationen:
Die Koalition setzt auf Engagement

zwischen zwölf und 23 Monaten – sie selbst bestimmen. Gleichzeitig startet auch der neue Bundesfreiwilligendienst, der dem Zivildienst nachfolgt. Junge Männer und Frauen können sich in vielen Fällen bereits heute bei den jeweiligen Trägern um Plätze

bewerben. Der Dienst bietet ähnlich gute Konditionen wie das bewährte Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und wird bei der späteren Studienplatzvergabe berücksichtigt.

Die flexibel gestaltbaren Dienste – der Bundesfreiwilligendienst steht etwa Menschen jeden Alters offen und kann von über 27-jährigen Teilnehmern auch in Teilzeit geleistet werden – erweitern die Palette des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Die christlich-liberale Koalition arbeitet aktuell nicht nur an der Einführung der neuen Dienste, sondern bereitet gleichzeitig eine Stärkung des FSJ und der anderen Freiwilligendienste vor. Somit kann 2011 ohne Übertreibung als hervorragendes Jahr für die Zivilgesellschaft bezeichnet werden.

Diese Woche

Zusätzliche Milliarden für Städte und Gemeinden	
Koalition baut auf Kommunen	1
Für den Dienst an der Gemeinschaft	
Viele Wege, ein Ziel	2
Familienfreundliche Politik	
„Kinderlärm“ ist Zukunftsmusik	2
Unverschämte Opposition verfehlt das Thema	
Die Menschen stehen hinter Guttenberg	3
Attacken gegen zu Guttenberg haltlos	
Kunduz: Opposition beißt sich die Zähne aus	4
Das Ende der Diktatur in Libyen	
Koalition nennt die Dinge beim Namen	4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Tassilo Wanner
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Familienfreundliche Politik

„Kinderlärm“ ist Zukunftsmusik

Union und FDP machen sich für neue Regeln beim Immissionsschutz stark. Hinter diesem technischen Begriff steht eine wichtige Erleichterung für Millionen von Familien in Deutschland: Klagen gegen von Kindern verursachten Lärm dürften künftig deutlich seltener werden.

In Sachen Kinderfreundlichkeit steht die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dem Kabinett in nichts nach. Erst hatte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel mit ihren Ministern ein Gesetz auf den Weg gebracht, nach dem künftig nicht mehr gegen „Kinderlärm“ geklagt werden kann, kurz darauf stellte sich auch die Unionsfraktion hinter die Initiative. Dies ist ein wichtiges Zeichen auf dem Weg zu einer noch familien- und kinderfreundlicheren Gesellschaft. Dass „Kinderlärm“ von Kitas oder Spielplätzen bisher wie Lärm von Industrieanlagen behandelt wurde, war in den Augen der christlich-liberalen Koalition ein untragbarer Zustand. Künftig wird im Gesetz festgeschrieben sein, dass dieser „Kinderlärm“ im Regelfall keine schädliche Umwelteinwirkung

darstellt. Auch das Nachbarrecht wird entsprechend geändert.

Seit Jahren hatte sich die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag dafür stark gemacht, dass das fröhliche Spiel von Kindern nicht weiter als Quelle für Lärmbelastigungen eingestuft sein darf. Bereits auf ihrer Kreuther Klausurtagung im Januar 2009 hatten die Christsozialen im Bundestag gefordert: „Wir wollen gesetzlich klarstellen: ‚Kinderlärm‘ darf kein Grund für Nachbarschaftsklagen gegen Kindergärten, Spielplätze und ähnliche Einrichtungen sein.“ Dieses Ziel fand auf Betreiben der CSU dann auch Aufnahme in den Koalitionsvertrag der christlich-liberalen Koalition. Die Gesetzesänderung tritt voraussichtlich Mitte des Jahres in Kraft.

Unverschämte Opposition verfehlt das Thema

Die Menschen stehen hinter Guttenberg

Der Deutsche Bundestag steht zu Karl-Theodor zu Guttenberg. Während zweier ausführlicher Parlamentsdebatten am Mittwoch führte das oppositionelle Linksbündnis nur seine Kampagne fort. Die Menschen in ganz Deutschland verlieren zunehmend die Geduld mit SPD, Grünen und Linkspartei. Man spürt: Den Linken geht es nicht um Inhalte, sondern um die Beschädigung des beliebtesten Politikers der Republik.

Eigentlich hätte die Angelegenheit am Mittwochmittag zu den Akten gelegt werden können. Soeben war Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg den Abgeordneten beinahe eine Stunde lang Rede und Antwort gestanden und hatte dabei keine Fragen offen gelassen. Der Verteidigungsminister antwortete stets direkt und überzeugend; auch von zahlreichen Nachfragen und ständigen Zwischenrufen ließ er sich nicht aus der Ruhe bringen. Zu Guttenberg trug vielmehr zur sachlichen Aufklärung der Vorwürfe bei, die im Zusammenhang mit seiner Dissertation erhoben wurden. Er wich nicht aus und sparte nicht mit Selbstkritik: „Politische Leidenschaft und Arbeit sowie wissenschaftliche und intellektuelle Herausforderungen als junger Familienvater miteinander in Einklang zu bringen“ – dieses Unterfangen sei für ihn „offensichtlich eine Überlastung“ gewesen. Diese Quadratur des Kreises sei ihm nicht gelungen. „Dazu stehe ich auch, und genau deswegen habe ich die Konsequenzen gezogen und verzichte auf diesen Dokortitel“, betonte zu Guttenberg unter dem anhaltenden Applaus des Parlaments.

Doch die Opposition, die bereits in der Fragestunde nicht deutlich machen konnte, was sie dem Verteidigungsminister konkret vorwirft, wollte sich noch weiter blamieren: Obwohl der Minister alle Fragen umfassend beantwortet hatte, erhielt das Linksbündnis seinen Antrag auf eine Aktuelle Stunde zum selben Thema aufrecht. Also musste sich der Deutsche Bundestag, der in dieser Woche wichtige Gesetzgebungsverfahren zu behandeln hatte, auch am Nachmittag mit den bereits beantworteten Fragen befassen. In der Debatte sprach Dr. Hans-Peter Friedrich, der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, aus, was viele Zuschauer empfanden. „Was Sie hier vorgeführt haben, ist keine ordnungsgemäße parlamentarische Opposition, das ist eine Unverschämtheit“, rief er SPD, Grünen und

Linkspartei zu – und folgerte: „Jetzt weiß ich auch, warum Sie schon



Auch Dr. Hans-Peter Friedrich stellte sich klar hinter Verteidigungsminister zu Guttenberg

zweimal eine Delegation zum amerikanischen Wahlkampf geschickt haben: Damit sie lernen, was Negative Campaigning heißt, nämlich das Vernichten des politischen Gegners um jeden Preis.“ Friedrich zitierte den obersten Befehlshaber der deutschen

Truppen in Afghanistan, Generalmajor Hans-Werner Fritz, der die Debatte am selben Tag im Radio kommentiert hatte: „Wir haben hier in Afghanistan ganz andere Sorgen. Aber ich möchte Ihnen eines sagen: Der Minister ist allein in der Zeit, wo ich hier das Kommando geführt habe, fünf Mal da gewesen. Ich habe ihn jedes Mal erlebt. Er kümmert sich um die Soldaten, er spricht mit den Soldaten und ich glaube, wir wissen sehr gut, was wir an unserem Minister haben, und wir stehen hinter ihm.“

Doch nicht nur die Truppe in Afghanistan ist stolz auf ihren Minister; auch in Deutschland sind die Menschen empört über die Kampagne der Opposition gegen Karl-Theodor zu Guttenberg: Ein Zusammenschluss von Nutzern der Internet-Plattform Facebook hat unter der Überschrift „Gegen die Jagd auf Karl-Theodor zu Guttenberg“ bereits über 290.000 Unterstützer versammelt.

++++ Blick nach links +++++ Blick nach links +++++

Angezeigt:

Wolfgang Thierse ist nicht nur die prominenteste Ein-Mann-Lichterkette der SPD. Er pflegt auch ein höchst eigenartiges Verhältnis zum Rechtsstaat, das ihm nun eine Strafanzeige einbrachte. Während die Ordnungskräfte in Dresden am vergangenen Wochenende redlich versuchten, links- und rechtsextremistische Choten auseinander zu halten, ätzte der Vizepräsident des Deutschen Bundestages gegenüber dem MDR: „Die Polizei ist vollauf beschäftigt, die Neonazis zu schützen. Das ist so. Das ist sächsische Demokratie.“ Die absehbare Folge: Anzeige wegen Beleidigung, möglicherweise Aufhebung der parlamentarischen Immunität. Als Bundestags-Vizepräsident den Rechtsstaat repräsentieren oder ihn als Hobby-Demonstrant öffentlich mit Füßen treten – beides zugleich geht nicht.

Zurückhaltung

Auch in Brüssel musste man sich zuletzt wieder einmal mit linkem Genossen-Filz herumschlagen. Anlass dazu gab der frühere EU-Kommissar Günter Verheugen (SPD), der schon in früheren Jahren durch seine Beziehung zu einer Mitarbeiterin aufgefallen war. Nach seiner Abberufung als höchster Industriepolitiker der Europäischen Union hatte der Genosse umgehend eine Beratungsfirma gegründet, um seine Kontakte zu Geld zu machen. So warb er gegenüber möglichen Kunden damit, „die richtige Strategie für Ihren Erfolg im Umgang mit europäischen Institutionen“ zu entwickeln. Der Kommission wurde das zuviel. Der für Interessenkonflikte zuständige Ausschuss legte fest: Günter Verheugen darf künftig keinen Kontakt zu Mitarbeitern der zuständigen Stellen in Brüssel aufnehmen. Zurückhaltung ist angezeigt.

Attacken gegen zu Guttenberg haltlos

Kunduz: Opposition beißt sich die Zähne aus

Unbeachtet von der Öffentlichkeit scheiterte Anfang Februar ein weiterer Versuch der Opposition, Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg zu beschädigen. Nach der Vernehmung von mehr als 40 Zeugen und der Sichtung unzähliger Akten im Kunduz-Untersuchungsausschuss steht eindeutig fest: Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg hat bei der Aufarbeitung des Luftangriffs hervorragende Arbeit geleistet.

Der Kunduz-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages hat seine Beweisaufnahme abgeschlossen. Die Hoffnungen des oppositionellen Linksbündnisses, Karl-Theodor zu Guttenberg mit dem Bombardement von Kunduz in Verbindung zu bringen, das Monate vor seinem Amtsantritt im Verteidigungsministerium stattgefunden hatte, haben sich erwartungsgemäß nicht erfüllt. Dennoch versuchten SPD, Grüne und Linkspartei bis zuletzt, die Bundesregierung im Untersuchungsausschuss in den Schmutz zu ziehen. Doch obwohl der Ausschuss mehr als ein Jahr Zeit zur Untersuchung der Vorfälle hatte, konnten die Oppositionspolitiker auch die Bundeskanzlerin, die als letzte Zeugin aussagte, mit keiner ihrer Erkenntnisse in Verlegenheit bringen.

In jeder einzelnen Sitzung des Untersuchungsausschusses war deutlich geworden, dass es dem oppositionellen Linksbündnis nicht um die Aufklärung des Luftangriffs ging. Vielmehr zielten SPD, Grüne und Linkspartei darauf ab, Verteidigungsminister zu Guttenberg, der zum Zeitpunkt des Luftangriffs noch gar nicht im Amt war, zu beschädigen. Dieser Plan ging jedoch nicht auf. Die Beweisaufnahme im Ausschuss hat ergeben, dass zu Guttenberg Wort gehalten und dafür gesorgt hat, dass die Öffentlichkeit und das Parlament umfassend und klar über den Vorfall in Kunduz unterrichtet wurden. Er hat sich somit nichts zu Schulden kommen lassen.

Anders der ehemalige Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan

und der frühere Staatssekretär Dr. Peter Wichert: Sie selbst räumten vor dem Untersuchungsausschuss ein, dass sie dem Verteidigungsminister zahlreiche wichtige Berichte nicht vorgelegt hatten. Aus diesem Grund war die Entlassung des Generalinspektors und des Staatssekretärs die richtige Entscheidung. Auch die Bewertung des Luftangriffs als „nicht angemessen“ wurde durch zu Guttenberg gegenüber den Mitgliedern des Ausschusses überzeugend dargestellt und durch die umfassende Beweisaufnahme bestätigt. Sämtliche Vorwürfe gegen den Verteidigungsminister haben sich daher als haltlos erwiesen. Das Ergebnis des Untersuchungsausschusses wird nun in einem Abschlussbericht zusammengefasst, der bis zur Sommerpause vorliegen soll.

Das Ende der Diktatur in Libyen

Koalition nennt die Dinge beim Namen

Die christlich-liberale Koalition hat das Vorgehen des libyschen Diktators Gaddafi gegen sein eigenes Volk scharf verurteilt. Am Donnerstag diskutierte der Deutsche Bundestag in einer Aktuellen Stunde die prekäre Situation in Nordafrika. Redner von Union und FDP forderten eine gemeinsame Linie der EU gegenüber Gaddafi.

Der Deutsche Bundestag hat die Gewalt in Libyen klar verurteilt. Auch während der Parlamentsdebatte am Donnerstagnachmittag hatten sich die Ereignisse in Nordafrika überschlagen. Aufständische hatten offenbar die Kontrolle über ganze Teile des Landes übernommen. Außenminister Dr. Guido Westerwelle hielt sich zeitgleich zu politischen Gesprächen in Kairo auf. Gegenüber der Arabischen Liga stellte er dabei klar, dass die Bundesregierung den libyschen Machthaber Gaddafi für einen „Diktator“ halte, und verurteile dessen Vorgehen „gegen das eigene Volk“ aufs Schärfste. Währenddessen drohten Bundestagsabgeordnete der christlich-liberalen Koalition Gaddafi in Berlin mit Sanktionen, falls er die Gewalt gegen seine Landsleute nicht einstelle.

Die Diskussion im Deutschen Bundestag zeigte die Schwierigkeiten auf, mit denen die Außenpolitiker der Koalition derzeit zu kämpfen haben. So wurde einerseits deutlich, dass die Unruhen in Tunesien, Ägypten, Algerien, der Golf-Region und schließlich Libyen jeweils verschiedene Ursachen und Folgen hätten. Redner der Union verwiesen darauf, dass Libyen kein historisch gewachsener Staat sei. Die Revolten in Tunis und Kairo stellten nie die Einheit des Landes in Frage; in Libyen verhalte es sich anders. Hier drohten alte Stammeskonflikte wieder aufzubrechen.

Mit Bedauern nahmen die Abgeordneten des Deutschen Bundestages zur Kenntnis, dass sich die Lage in Libyen allerdings auch durch die Gewaltbereitschaft der Staats-

spitze von den anderen Fällen unterscheidet. Redner der Koalitionsfraktionen drangen darauf, eine gemeinsame Haltung der EU zu definieren, um den Druck auf Libyen gemeinsam erhöhen zu können. Lob erhielt die christlich-liberale Koalition für ihre klare Position gegenüber Libyen: Bereits am Dienstag hatten Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Außenminister Westerwelle Gaddafi in aller Deutlichkeit zur Einstellung der Gewalt aufgefordert. Die Bundesregierung gehört damit zu den Ersten, die in der internationalen Staatengemeinschaft klar Position gegen das Regime bezogen haben. Auch die deutliche Verurteilung Gaddafis durch die Arabische Liga, so lobten Bundestagsabgeordnete mehrerer Fraktionen, sei dadurch befördert worden.